

Demografie zwischen öffentlicher Hysterie und sozialpolitischer Demagogie

VON CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Über die Demografie und damit verbundene Probleme wie den Geburtenrückgang, abnehmende Fertilitätsraten oder den Bevölkerungsschwund wurde in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie ähnlich rege diskutiert wie gegenwärtig. Dabei erscheint die demografische Entwicklung im öffentlichen, Medien- und Fachdiskurs fast ausnahmslos als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt.

Wenn die Bevölkerungswissenschaft zur Scharlatanerie und Demografie zur Ideologie wird

Während die meisten Fachleute mit Blick auf die Entwicklungsländer der sog. Dritten Welt eine „Bevölkerungsexplosion“ prognostizieren und dort die Anwendung rigidester Maßnahmen der Geburtenkontrolle empfehlen, prophezeien sie der Bundesrepublik umgekehrt eine Verschiebung der Altersstruktur hin zu Senior(inn)en und Hochbetagten, die in einen „Bevölkerungsschwund“ mündet.

Zwar altert die Bevölkerung der Bundesrepublik und nimmt nach 2020 der Tendenz nach deutlich ab, wenn keine liberalere Migrationspolitik gemacht wird, als sie das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungs(begrenzungs)gesetz vorsieht. Allerdings erscheint ein Rückgang von 82,5 Millionen Einwohner(inne)n heute auf 75,1 Millionen Menschen im Jahr 2050, den das Statistische Bundesamt in der (mittleren) Variante 5 seiner 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung erwartet, nicht eben furchteinflößend. Schließlich wäre die Bundesrepublik damit nach wie vor eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt.

Voraussagen über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten trafen selten zu. 50-Jahres-Prognosen sind sogar „moderne Kaffeesatzleserei“ (Gerd Bosbach). Hätte jemand 1950 die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik im Jahr 2000 schätzen sollen, wären ihm maßgebliche Einflussfaktoren entgangen: die Erfindung und Verbreitung der Antibabypille; die Anwerbung bzw. der Zuzug von Millionen ausländischen Arbeitskräften samt ihren Familien; Individuali-

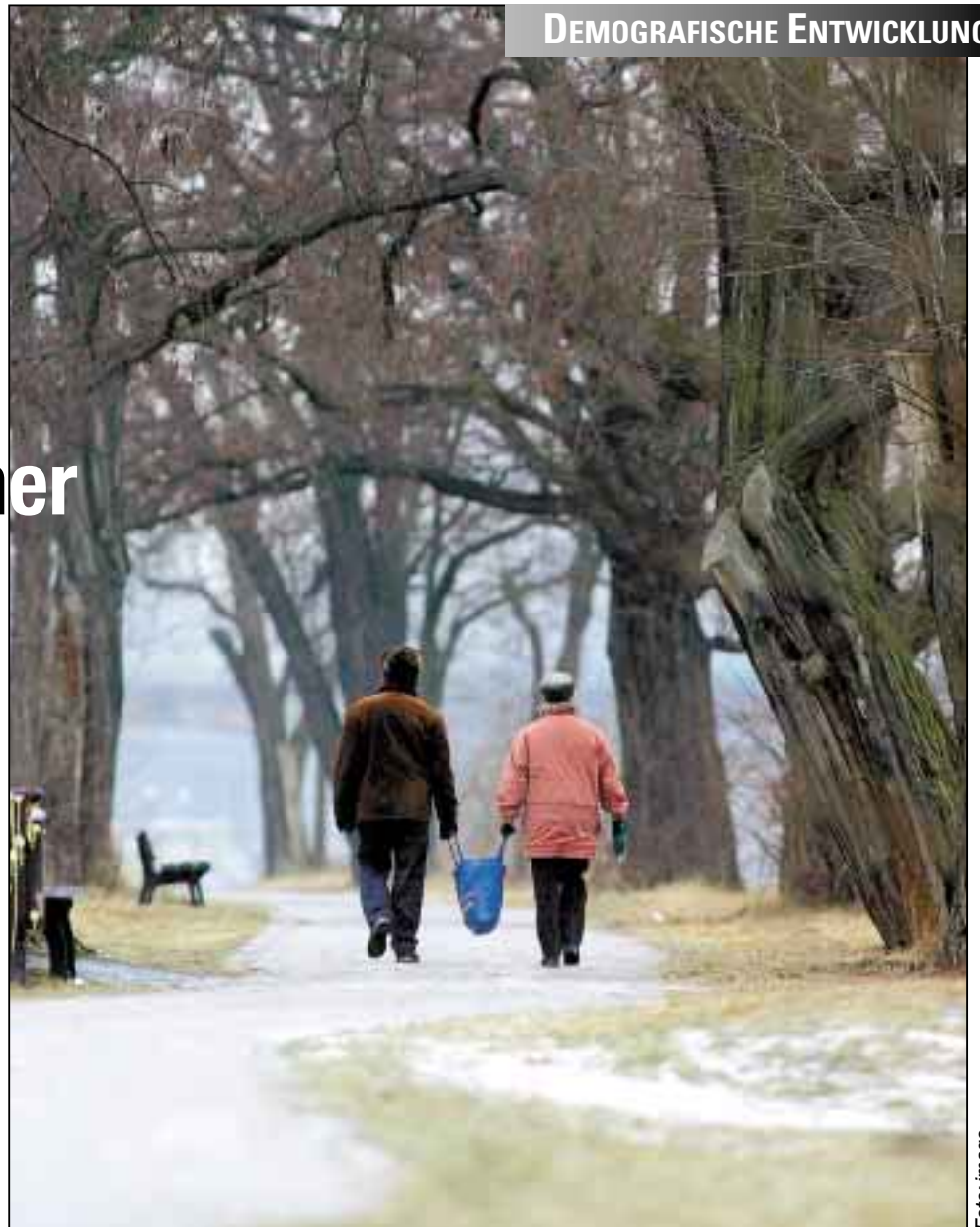


Foto: imago

Die demografische Entwicklung ist derzeit ein gefragtes Thema in Medien und Talk-Shows. Doch die Thesen halten empirischen Überprüfungen nicht stand.

sierung und Pluralisierung der Lebensstile (Trend zur Kleinfamilie und zum Single-Dasein); der Nieder- und Untergang der DDR; die Öffnung der Grenzen im Osten einschließlich der Zuwanderung von Millionen Aus- und Übersiedlern sowie die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990.

„Generationengerechtigkeit“ – politischer Kampfbegriff oder sinnvolles Leitbild der Sozialpolitik?

Hätte jemand im Jahre 1900 eine 50-Jahres-Prognose gewagt, hätte er beide Weltkriege übersehen. Da grenzt es schon fast an Scharlatanerie, wenn der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg dieser Tage in der Bild-Zeitung behauptet, die Deutschen würden bis zum Jahr 2300 praktisch aussterben. Als wüsste irgendjemand, was bis dahin passiert und wie es sich auf die Einwohnerzahl der Bundesrepublik – falls sie dann überhaupt noch existiert – auswirkt!

Wer die Renten kürzen oder Kapitallebensversicherungen an den Mann bringen will, verweist auf die wachsende Zahl der älteren Menschen, die von den Erwerbstätigen (wegen ihrer steigenden Lebenserwartung: länger als

früher) mit ernährt werden müssen. Häufig heißt es dann mit Hinweis auf die Alterspyramide, die Pilzform angenommen habe, bald müsse jeder Arbeitnehmer für einen Rentner aufkommen. Dabei verschlechtert sich diese Relation seit langem ständig, ohne dass dies den kontinuierlichen Ausbau des Sozialstaates bis 1974/75 verhindert hätte, und künftig ist nur noch das letzte Teilstück eines sehr langen Weges dieser demografischen Veränderungen zurückzulegen. 1900 kamen auf eine Person über 65 Jahre rund zwölf Erwerbsfähige. 2000 sind es gerade noch vier. Gleichwohl ist der Lebensstandard in den letzten 100 Jahren deutlich gestiegen und der Sozialstaat ein Dreivierteljahrhundert lang ausgebaut worden.

Für mehr Rentner/innen kann die erwerbstätige Bevölkerung aufkommen, ohne größere finanzielle Einbußen zu erleiden, wenn Lohn oder Gehalt stärker als die daraus resultierende Belastung steigen. Entscheidend dafür, ob die „Altenlast“ kompensiert werden kann, ist letzten Endes die Höhe der Arbeitsproduktivität. Da sich bei einem Produktivitätsanstieg von nur 1,5 Prozent pro Jahr und Erreichen der Vollbeschäftigung ab 2010 das Realeinkommen bis 2050 verdoppeln würde, kann von einer Überforderung der Gesellschaft durch den

demografischen Wandel überhaupt keine Rede sein.

Der seit 1957 bewährte Generationenvertrag (lohn- und beitragsbezogenes Umlageverfahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung) wird unter Hinweis auf den demografischen Wandel zum Auslaufmodell erklärt, das Kapitaldeckungsprinzip als vermeintlich „demografieresistent“ geradezu glorifiziert. Dabei zeigte das Tief der Aktienkurse nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September 2001, wie problematisch es ist, mit der „Riester-Rente“ auf die Börse und private Vorsorge zu setzen, wenn es um die langfristige Stabilität und Verlässlichkeit der Alterssicherung geht.

Das in den Massenmedien häufig gezeichnete Bild einer intergenerationalen Kluft zwischen Arm und Reich hält einer empirischen Überprüfung nicht stand: Rentnerhaushalte weisen auf der Ebene bedarfsgewichteter Haushaltseinkommen eine viel geringere Wohlstandsposition auf als Arbeitnehmerhaushalte, was die Hypothese mangelnder Generationengerechtigkeit jedenfalls zu Lasten der mittleren Jahrgänge widerlegt. Auch dürfte sich die Struktur der Armutspopulation etwa infolge der starken Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, der zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich, aber auch von Scheidungen und der Anzahl nicht eigenständig gesicherter Frauen künftig wieder in Richtung der Senior(inn)en verschieben.

Gleichwohl tut man so, als sei der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit durch einen neuen Grundwiderspruch zwischen Jung und Alt abgelöst und Klassenkampf durch einen „Krieg der Generationen“ ersetzt worden. Hierbei handelt es sich um eine mediale Dramatisierung des gesellschaftlichen Verteilungskampfes, die – auf dem Rücken von Rentner(inne)n ausgetragen – von den eigentlichen Problemen, insbesondere der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung, ablenkt.

Man versteht jetzt, warum Massenmedien der Armut von Kindern, die es auch in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik gibt, große Aufmerksamkeit schenken. Da heute die Gruppe der Rentner/innen nicht mehr in so hohem Maße wie etwa Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut betroffen ist, konstruiert man ein Wohlstandsgefälle zwischen Alt und Jung. Kinderarmut wird benutzt, um die Jüngeren gegen die Älteren auszuspielen und Letzteren einen Verzicht auf Einkommenszuwächse oder Leistungskürzungen abzuverlangen.

Die soziale Polarisierung, Folge der Globalisierung bzw. einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, wirkt sich jedoch auf jede Altersgruppe gleich aus: Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie dessen Kehrseite. Es gab noch nie so viele Haushalte ohne materielle Sorgen und auch noch nie so viele Kinder

mit einem großen Vermögen wie heute. Um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile für sich bzw. die eigene Familie zu erlangen, übertragen reiche Eltern einen Teil ihres Vermögens kurz nach der Geburt auf ihre Kinder. Die soziale Scheidewand trennt also nicht Jung und Alt, sondern verläuft immer noch, wenn nicht mehr denn je zwischen Arm und Reich – unabhängig vom Lebensalter!

Bevölkerungspolitik gegen Geburtenrückgang und „Vergreisung“ der Bundesrepublik?

Durch das Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ wird die soziale Spaltung unserer Gesellschaft biologisiert, auf ein Verhältnis zwischen unterschiedlichen Alterskohorten reduziert und relativiert. Freilich unterscheidet sich das Alter von ihm scheinbar verwandten Kategorien wie Geschlecht oder

Ein neues Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Kindermangels, der „Vergreisung“ und des Generationenkrieges. Dabei wird so getan, als verwandle sich die Bundesrepublik Deutschland zurzeit in ein Altenheim. Teilweise klagen dieselben Kreise, die während der Asyldiskussion zu Beginn der 90er Jahre noch „Das Boot ist voll!“ gerufen hatten, wir lebten alsbald in einem „Land ohne Leute“.

Seit die Geburtenrate in der Bundesrepublik gegen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre als Folge eines höheren (Aus-)Bildungsniveaus und einer steigenden Erwerbsneigung deutscher Frauen bei gleichzeitiger Verbesserung der Methoden und Einführung neuer Mittel zur Empfängnisverhütung (Antibabypille) sinkt, versucht man, eine pronatalistische Familien- bzw. Bevölkerungspolitik wieder hoffähig zu machen. Neben begrenzter Zuwanderung wird meist aktive Geburtenförderung favorisiert, die

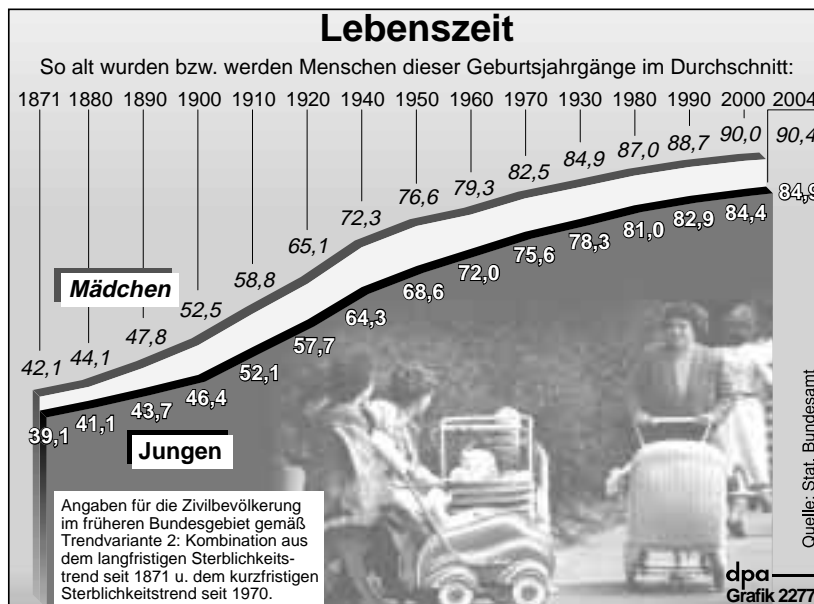
eine weitere Schrumpfung der Population aufhalten oder umkehren bzw. für eine ausgeglichene Bevölkerungsbilanz sorgen soll.

Eine pronatalistische Bevölkerungspolitik ist darauf gerichtet, den Kinderwunsch durch materielle Anreize und/oder geistige Beeinflussung junger Menschen (besonders der Frauen) zu stärken bzw. hervorzubringen, während sich Familienpolitik grundsätzlich damit begnügt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, so dass der vorhandene Kinderwunsch erfüllt werden kann. Wenn die Familie zum Fetisch, das Kind zum Kultobjekt und die Mutterschaft zum Mythos wird, hört die Gesellschaft

auf, freiheitlich-liberal, republikanisch-demokratisch und emanzipatorisch, d.h. auf die Selbstverwirklichung der Individuen orientiert, zu sein.

Deutschland braucht nicht „mehr Kinder“, wie Renate Schmidt, die von Oktober 2002 bis 2005 amtierende Bundesministerin, nicht müde wurde zu verkünden, sondern mehr Finanzmittel und Freiräume für sozial benachteiligte Familien, damit diese ihren Kindern optimale Entwicklungs- bzw. Entfaltungsmöglichkeiten bieten können. Wer die Armut an Kindern statt der Armut von Kindern bekämpft, wird Ressourcen nicht nach dem Kriterium der sozialen Gerechtigkeit, also finanzieller Leistungsfähigkeit, sondern nach dem Kriterium der Gebärfreudigkeit bzw. -fähigkeit, nämlich zwischen Familien und Kinderlosen, umverteilen.

* Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine letzten Buchveröffentlichungen zum Thema: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*, 2. Aufl. Opladen 2003; Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Zeng, *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden 2005; Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden 2005



Abstammung bzw. Herkunft dadurch, dass man zwar altert, aber in der Regel nicht das Geschlecht wechselt und die Abstammung/Herkunft für immer festliegt. Wenn man Jüngere gegenüber Älteren schlechter stellt, gleichen sich die Nachteile im Verlauf eines Lebens wieder aus. Der deutsche Sozialstaat hat durch seine enge Bindung an die sog. Normalbiografie, das Normalarbeitsverhältnis und die Normalfamilie insofern einen Altersbias, als Leistungen im Lebensverlauf (Längsschnitt) ungleich auf die einzelnen Generationen verteilt sind. Daraus folgt aber mitnichten, dass die Älteren den Sozialstaat und/oder die Jüngeren ausbeuten.

Weder das Fortexistieren der Pflegeversicherung noch die Funktionsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung hängen von der Biologie ab. Vielmehr handelt es sich 1. um eine Frage der Ökonomie und 2. um eine Frage der Politik. Ausschlaggebend ist, wie viel Reichtum die Volkswirtschaft erzeugt und auf wen er verteilt wird. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines weiter nicht mehr explosionsartig wie zur Zeit des „Wirtschaftswunders“, dafür aber recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein.